

Leviathan

Jahrgang 45 · Sonderband 34 · 2017

Inhaltsübersicht

Dirk Jörke und Oliver Nachtwey

Das Volk gegen die (liberale) Demokratie? Die Krise der Repräsentation und neue populistische Herausforderungen 7

Michael Sommer

»Demos, ich bin dein Freund...« – Populismen in Antike und Gegenwart 19

John P. McCormick

Die aktuelle Krise der Demokratie und der populistische Schmerzensschrei 39

Tobias Müller

Die Kritik der liberalen Gesellschaft und die ambivalente Rolle des ›Volkes‹ 53

Kludia Hanisch

Ungarns rechtsnationale Wende als reaktionäre Mitte-Utopie. Soziokultureller Wandel nach 1989 und die adaptive Politik des Fidesz 76

Werner Krause, Marcus Spittler und Aiko Wagner

Attraktion und Repulsion. AnhängerInnen rechts- und linkspopulistischer Parteien im europäischen Vergleich 101

Hans Vorländer, Maik Herold und Steven Schäller

Entfremdung, Empörung, Ethnozentrismus. Was PEGIDA über den sich formierenden Rechtspopulismus verrät 133

Dirk Jörke und Oliver Nachtwey

Die rechtspopulistische Hydraulik der Sozialdemokratie. Zur politischen Soziologie alter und neuer Arbeiterparteien 155

Heinz Bude und Philipp Staab

Die gereizte Mitte. Soziale Verwerfungen und politische Artikulationen 179

Cornelia Koppetsch

Rechtspopulismus, Etablierte und Außenseiter. Emotionale Dynamiken sozialer Deklassierung 200

Martin Seeliger

Populistische Popkultur – Warum die Band Frei.Wild ein Verunsicherungsphänomen darstellt 225

<i>Kolja Möller</i>	
Invocatio Populi. Autoritärer und demokratischer Populismus	246
<i>Olaf Jann</i>	
»Heartland« oder: Die Kritik der infamen Bürger	268
<i>Claire Moulin-Doos</i>	
Populismen in Europa: Nicht per-se antidemokratisch, sondern antiliberal	292
Zusammenfassungen und Summaries	311
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	320

Indes: Was gestern noch menschenverachtend war und das Fantasiegespinnst gewissenloser Rechtspopulisten, kann heute schon politischer Mainstream sein. Als Deutschland sich 2015 im Taumel seines Flüchtlings-Sommermärchens befand, war die unkontrollierte Einreise Hunderttausender »alternativlos«. Wer sich dieser Logik verweigerte, lebte in einer Republik, die, wie die Kanzlerin formulierte, nicht mehr »mein Land« war. Noch einige Monate später galt die Forderung, die EU-Außengrenzen wirksam zu kontrollieren, als populistische Parole, die sich selbst »entlarvt«. Mit dem gleichen Verweis auf populistische Umtriebe wurde die CSU-Forderung nach einer »Obergrenze« abgebügelt.⁴ Abermals ein paar Monate später ist das Dublin-II-Abkommen wieder voll in Kraft, die Bundesregierung hat sich von der Doktrin der offenen Grenzen verabschiedet, die Kanzlerin öffentlich erklärt, »2015« werde »sich nicht wiederholen«. Positionen, die in Presse und regierungsamtlichen Verlautbarungen vor Jahresfrist als populistisch stigmatisiert waren, sind in der Mitte der Gesellschaft und damit im politischen Handeln der Antipopulisten angekommen.

Welche Politikinhalt jeweils als populistisch gelten und welche nicht, ist zeit-, umstände- und konstellationsabhängig. Auf dieser Ebene ist »Populismus« nicht eine Vokabel der politischen Analyse, sondern des politischen Kampfes: Populist ist stets der Andere. Vorsicht ist also angebracht. Auch Ralf Dahrendorf warnte: »Der Populismus-Vorwurf kann selbst populistisch sein, ein demagogischer Ersatz für Argumente.«⁵ Wer über hinreichend politisch-publizistische Meinungsmacht verfügt, hat auch die Deutungshoheit darüber, welche Politik jeweils das populistische Stigma verdient. Als Begriff des politischen Kampfes taugt Populismus für parteipolitische und notfalls noch für journalistische, keinesfalls aber für wissenschaftliche Diskurse.

Wenn es also nicht die Inhalte sind, die den Populisten zum Populisten machen, was dann? Den Weg weist abermals Ralf Dahrendorf in seinem nur wenige Seiten langen Aufsatz: »Populismus beruht auf dem bewussten Versuch der Vereinfachung von Problemen.«⁶ Damit ist dem Begriff die polemische Spitze genommen, er ist zum Idealtypus mutiert, der als solcher analysetauglich ist. Vor allem bezieht Dahrendorf Populismus nicht auf bestimmte Inhalte von Politik, wie die teilweise hysterische Debatte der Gegenwart, sondern auf eine Methode. Der Populist bedient sich der Vereinfachung als Instrument zum Machterwerb: »Darin liegt sein Reiz und sein Erfolgsrezept.«⁷ Lassen wir also als Arbeitshypothese stehen: Der Populist bedient sich bewusster Vereinfachung, um Zustimmung zu generieren, der Nichtpopulist verzichtet darauf.

4 Ludwig Greven in ZEIT online, 1. Februar 2016. <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-02/afd-populismus-andere-parteien/komplettansicht> (Zugriff vom 21.12.2016).

5 Dahrendorf 2003, S. 156.

6 Ebd., S. 159.

7 Ebd.

1. Athen 424 v. Chr.: Demagogen

Will man die Populismus-Debatte versachlichen, hilft zum Einstieg ein Blick auf die Etymologie. Populismus kommt von lateinisch *populus*, was mit deutsch »Volk« nur höchst unzureichend wiedergegeben ist. Die Vielschichtigkeit des Begriffs führt uns geradewegs in die komplizierte politische Wirklichkeit klassisch-antiker Gesellschaften. Schon Machiavelli wusste ja, dass die römische Republik ein faszinierendes Laboratorium war, in dem sich im Experiment die vielfältigsten politischen Problemlagen durchspielen ließen.⁸ So will es auch dieser Aufsatz halten: Die Antike soll ihm als Fundus für Idealtypen dienen, mit deren Hilfe sich die Begriffe der Gegenwart, losgelöst vom Pulverdampf der Wortgefechte, klären und schärfen lassen.

Der römische *populus* war die Gesamtheit aller römischen Bürger. Das griechische Gegenstück dazu war der *demos*. Hier zuerst nahmen Bürger das politische Schicksal ihrer Gemeinde in die eigenen Hände: Sie trafen sich regelmäßig zur Volksversammlung, um zu beraten und, vor allem, abzustimmen, über Sachfragen und über Ämter. Der Bürgerstatus war strikt exklusiv: Ausländer und Sklaven standen außerhalb des Bürgerverbands, Frauen waren zwar Bürgerinnen, von der politischen Teilhabe aber ausgeschlossen. Das Recht des Bürgers ist die bahnbrechende politische Innovation der klassischen Antike, womöglich ist es der wichtigste Meilenstein in der politischen Institutionengeschichte der Menschheit. Der Gedanke, dass die Bewohner einer Stadt keine Untertanen waren, sondern politische Gestalter und Gesetzgeber, Schicksalsgenossen und Teilhaber an ihrem Wohlstand – kurz: dass sie in ihrer Summe der Souverän waren –, war zuerst den Griechen um 700 v. Chr. gekommen.⁹

Zu dieser Zeit begannen zwei die griechische Geschichte prägende Grunderfahrungen ihre Dynamik zu entfalten. Gemeinsame Ursache beider Entwicklungen war, dass es den Griechen in ihrem relativ kleinen und recht kargen Land zu eng wurde. Erste Folge der Überbevölkerung war, dass sich Konflikte häuften. Zunächst gingen Banden von Bessergestellten aufeinander los, um sich gegenseitig Land, Vieh und sonstiges Beutegut abspenstig zu machen. Doch darüber, dass sich aus vielen verstreuten Dörfern allmählich Städte formten, wurde der Krieg zu einem Geschäft, an dem sich breite Bevölkerungsschichten beteiligten. Ausrüstung und Training der Soldaten wurden normiert, aus undisziplinierten Haufen entstand die Hoplitenphalanx, die in Schlachtreihen kämpfte und deren Erfolg von unbedingter Disziplin abhing. Jeder Hoplit schützte seinen Nachbarn, nicht sich selbst, mit dem Schild, den er in der linken Hand trug, während die Rechte die

8 Machiavelli, *Discorsi 1*, »Introduzione«: »E tanto più, quanto io veggo nelle differenze che intra cittadini civilmente nascono, o nelle malattie nelle quali li uomini incorrono, essersi sempre ricorso a quelli iudizii o a quelli remedii che dagli antichi sono stati iudicati o ordinati [...]«. Die untergehende Republik hat unlängst wieder David Engels als Idealtypenfundus für Analogien zum Europa der Gegenwart entdeckt: Seiner Studie verdankt auch dieser Essay so manches (Engels 2014).

9 An einführender Literatur herrscht kein Mangel. Besonders empfehlenswert: Meier 1994; 2001; 2009; Murray 1982; Osborne 2009; Snodgrass 1980; Walter 1993.

Lanze führte. So entstand eine revolutionäre Idee: die von Solidarität zusammengehaltene Gemeinde, deren gleichberechtigtes Glied jeder Einzelne war.¹⁰

Vermutlich hätte der Wandel der Kampftechnik allein den Innovationsschub des Bürgerrechts nicht herbeigeführt. Wirksam werden konnte sie erst durch das Hinzutreten einer zweiten Folge des demografischen Drucks ab dem 8. Jahrhundert v. Chr.: Ihren Bevölkerungsüberschuss nämlich exportierten die Griechen über See in andere, dünner besiedelte Landstriche: nach Unteritalien, Sizilien, Nordafrika und an die Küsten des Schwarzen Meeres. Sie legten hier, die meist nicht sehr zahlreichen Einheimischen teils verdrängend, teils assimilierend, neue Städte auf jungfräulichem Boden an. In der Fremde war alles neu: Nachbarn, Naturraum, Risiken, Chancen. Gewissermaßen über Nacht mussten Gebäude aus dem Boden gestampft werden: Wohnhäuser, Wirtschaftsgebäude, Marktplätze, öffentliche Bauten. Vor allem musste das Zusammenleben zwischen den oft bunt zusammengewürfelten Siedlern geregelt werden, deren Stadt von der ersten Sekunde ihrer Gründung an – materiell und ideell – unabhängig war von der Mutterstadt, die das Unternehmen angeführt hatte. Vor die Herausforderung gestellt, eine Gesellschaft aus dem Nichts heraus zu erschaffen, begriffen die Siedler, dass die Regeln für das Miteinander nicht irgendwo im Himmel gemacht wurden, sondern dass ganz allein ihnen selbst diese Rolle zufiel. Die Gründung von rund 500 sogenannten Kolonien zwischen ca. 750 und 500 v. Chr. führte den Griechen unmissverständlich vor Augen, dass Gesetze kein wie auch immer gearteter göttlicher Wille, sondern das Ergebnis von Aushandlungen unter Menschen waren.¹¹ Die Menschen entwickelten »Könnensbewusstsein«,¹² dessen Träger der Bürger war.

Die Menschen, die in den Volksversammlungen über Krieg und Frieden, über Recht und Gerechtigkeit, über Macht und Ohnmacht debattierten, nannten sich *politeis* (Singular: *polites*) – »Bürger«, ihre Stadt hieß *polis* (Plural: *poleis*) und die Gesamtheit der *politeis* einer *polis demos*. Der *demos* war damit das Gegenstück zum römischen *populus*. Auch in Hellas schließt die Begrifflichkeit viel mehr in sich ein als die relativ blassen deutschen Übersetzungen ahnen lassen. Der *polites* partizipierte nicht lediglich an der *polis*, er war die *polis*, die nicht anders gedacht werden konnte denn als Summe ihrer Bürger. Athen als politisches Subjekt war nicht schlicht Athen (das war die physische Siedlung), sondern *hoi Athenaioi* – »die Athener«. Wenn eine hypothetische *polis* tausend Bürger beherbergte, dann war jeder dieser Bürger das Äquivalent eines Tausendstels der *polis*. Das griechische Konzept des Bürgers läuft strenggenommen auf viel mehr als auf Partizipation hinaus, nämlich auf Identität.¹³

10 Raaflaub 1999; 1997; Rausch 2007. Allgemein zum Thema Krieg Hanson 2001.

11 Zur griechischen Kolonisation Dunbabin 1948; Graham 1983; Musti 1988; Oliva 1982; Osborne 2005.

12 Lesenswert dazu Christian Meiers Abschiedsvorlesung: Meier 2014, S. 21.

13 Für Aristoteles (*Politik* 3, 1275 a) besteht bekanntlich die Tugend des Bürgers darin, gut zu regieren und gut regiert zu werden; »politische Herrschaft« bedeute, dass Herrschende und Beherrschte identisch seien.

Diese Identität trug totale, ja geradezu totalitäre Züge. Der Bürger hatte nicht nur das Recht zum politischen Gestalten, ihm wurde die förmliche Pflicht zum Gestalten abverlangt. Er hatte als Gesetzgeber, Ratsherr, Richter, Soldat zu dienen – allesamt Tätigkeiten, die mit seinem alltäglichen Broterwerb konkurrierten. War er wirtschaftlich potent, hatte er obendrein für die *polis* finanzielle Lasten in nicht selten schwindelnder Höhe zu tragen: Gebäude zu unterhalten, religiöse Feiern zu finanzieren, Schiffe auszurüsten. Die Gemeinschaft war gern übergriffig, forderte den *polites* mit seiner ganzen Person. Urlaub vom Bürgersein wurde nicht gewährt, Rückzugsmöglichkeiten gab es keine.¹⁴

Besonders in Athen nahm dieser Druck stetig zu, während die politischen Vorrechte von Bessergestellten, den Aristokraten, Zug um Zug reduziert wurden. Der »Trend« (Christian Meier) mündete erst in die Isonomie, die formale Rechtsgleichheit aller Bürger, und schließlich in die Demokratie, die durch Kleisthenes 508/07 v. Chr. konzipierte und durch Ephialtes 462/61 v. Chr. realisierte unumschränkte Herrschaft des *demos* in allen Belangen.¹⁵ Die aus diesem Prozess sich kristallisierenden Strukturprinzipien der Entscheidungsfindung waren, zumindest der Theorie nach, absolute Gleichheit aller Mitglieder des *demos* und radikale Individualisierung der politischen Willensbildung. Auf die Spitze getrieben wurde das Prinzip der Gleichheit noch dadurch, dass die meisten Amtsträger im Los-, nicht im Wahlverfahren bestimmt wurden.¹⁶ Die attische Demokratie war der äußerste Extremfall einer pluralistischen Gesellschaft: Theoretisch gab es so viele maßgebende Meinungen, wie der *demos* Mitglieder hatte. Weil so selbstverständlich die *polis* unregierbar gewesen wäre, stellte sich – wie in allen pluralistischen Gesellschaften – das Problem, wie die politische Meinung zu organisieren, wie das Staatsschiff auf Kurs zu bringen war: Der *demos* war der Herrscher, doch wer beherrschte den *demos*?

Alle antiken Gesellschaften, Griechenland wie Rom, waren eminent rhetorisch.¹⁷ Von der Redebegehung hing im Leben eines Menschen viel ab. Auf der politischen Bühne und im Gerichtssaal war eine Silberzunge der Schlüssel zum Erfolg. Wer seine Mitmenschen durch Reden auf seine Seite zog, hatte praktisch schon gewonnen. Nun war rhetorisches Talent natürlich nicht gleich unter allen Bürgern verteilt, auch nicht im demokratischen Athen. Es war vor allem nicht nur – und nicht einmal in erster Linie – die Frucht natürlicher Begabung, sondern eine in harter Schulung erworbene Fähigkeit. Ein Gutteil der griechischen Bildung, *paideia*, war auf die Vermittlung rhetorischer Fertigkeiten abgestellt; doch der Zugang dazu war den besseren Kreisen vorbehalten. Wer aufgrund seiner Bildung

14 Bleicken 1986, S. 297-309.

15 Am besten nachzulesen in der unübertroffenen Darstellung bei Meier 1994, S. 108-181; 182-218; 285-353.

16 Unter den wichtigen Führungsämtern bildete lediglich die Strategie, das militärische Oberamt, eine Ausnahme – kaum überraschend, weil von der militärischen Qualifikation des Amtsinhabers für die *polis* im Zweifel alles abhing. Vgl. Bleicken 1986, S. 217-225.

17 Vidal 2015.

und angeborenen Begabung dazu befähigt war, viele Menschen in seinen Bann zu ziehen, der war zu einer führenden Rolle im demokratischen Politikbetrieb prädestiniert.¹⁸ Das klassische Athen schuf für solche Männer den Begriff des »Volksführers« (*demagogos*). Demagoge zu sein, war nichts Ehrenrühiges, im Gegenteil: Indem sie den vielstimmigen Chor der Volksversammlung vor klare Alternativen stellten, machten sie »Regierungshandeln« überhaupt erst möglich. Der Einfluss des Demagogen beruhte nicht so sehr auf Ämtern, die er auch innehaben konnte, als vielmehr auf den »Gnadengaben« des charismatischen Herrschers Weberscher Prägung. Herrschaftssoziologisch lief also in Athen die sukzessive Beseitigung traditionaler Residuen à la longue auf eine immer stärkere Charismatisierung des Politikbetriebs hinaus.¹⁹

Ein Perikles war stolz auf sein effizientes Demagogentum. Er machte sich seinen Namen durch ein Gesetz, mit dem er, mehr oder weniger im Alleingang, den attischen Bürgerverband durch Ausschluss all derer, die nicht väter- wie mütterlicherseits von Bürgern abstammten, säuberte. Von da ab empfahl er sich den einfachen Bürgern als ein Mann der Tat, bei dem ihre Interessen bestens aufgehoben waren. So gab es auch keinen Widerstand, als er Athen auf Kriegskurs gegen die mächtigste Rivalin, Sparta, trimmen ließ. 431 v. Chr. brach so der Peloponnesische Krieg aus, Griechenlands fast 30-jähriger Weltkrieg, den Athen schließlich verlor. Vermutlich auch deshalb, weil er die stets eskalierende Wirkung des Demagogentums in der langen Dauer überblickte, stand Thukydides, der große Chronist des Krieges und überragende politische Analytiker, dem Phänomen weit kritischer gegenüber: Die Demagogen, kritisiert der Historiker, hätten nicht das Wohl der Allgemeinheit im Auge gehabt, sondern ihre jeweils ganz und gar private Agenda.²⁰ Perikles sei noch weise und unbestechlich gewesen: »Die Späteren, einer ziemlich wie der andere und jeder nur bemüht, der Erste zu werden, sanken so tief, den Launen des *demos* sogar in der Staatsführung nachzugeben.«²¹

Hier wird das Demagogentum in seiner ganzen Abgründigkeit vorgeführt: Der Demagoge redet dem *demos* schamlos nach dem Mund, um seine Sucht nach Macht und Prestige zu stillen. Ins Groteske übersteigert die Demagogenkritik der Dichter Aristophanes in seiner 424 v. Chr. uraufgeführten Komödie *Hippeis* (Die Ritter): Der »Paphlagonier«, ein Sklave, hat seinen Herrn Demos, einen senilen

18 Die Meinungsführer in der Volksversammlung waren dennoch – oder gerade deswegen – peinlich darauf bedacht, soziale Privilegien (Reichtum, Bildung, Netzwerke) nicht explizit werden zu lassen. Für jene, die doch damit hausieren gingen, hielt die athenische Verfassung die politische Praxis des Ostrakismos bereit: Alle Jahre wieder zwang die Polis per Abstimmung in der Volksversammlung den Bürger ins Exil, der die meisten Stimmen auf sich vereinte – und das war in der Regel der Zweitmächtigste und damit gefährlichste Rivale des Mächtigsten. Vgl. Lehmann 1987.

19 Dazu ausführlich Mann 2007.

20 Thukydides 2, 65, 7: »Sie betrieben von Staats wegen alles Mögliche, was mit dem Krieg offensichtlich nichts zu tun hatte, aus persönlichem Ehrgeiz und persönlicher Gewinnsucht, doch zum Nachteil Athens und der Verbündeten.«.

21 Ebd., S. 159.

Tattergreis, durch Schmeichelei und miese Tricks völlig von sich abhängig gemacht, als plötzlich ein noch gewiefterer Verführer, der »Wursthändler«, die Bühne betritt. Prompt liefern sich die Protagonisten – zuerst mit Worten, dann mit Fresskörben, die sie dem Demos vorsetzen – einen erbarmungslosen Wettstreit um die Gunst des Demos, den schließlich der Wursthändler für sich entscheiden kann. Die Komödie kann man als bitterböse Parabel auf die Wirklichkeit der Demokratie lesen, wie sie der Dichter gesehen haben mag. Den Demagogen traut man alles, der politischen Urteilskraft des »Herrn« *demos* rein gar nichts zu. Die Satire zielt auf Kleon, den zu jener Zeit dominierenden Akteur in der athenischen Politik. Begnadeter Redner und sozialer Aufsteiger, war es Kleon, der dem von Aristophanes ersehnten Frieden mit Sparta im Wege stand. Schonungslos rechnet die Komödie mit der Leichtgläubigkeit des *demos* ab: »Wenn einer in der Volksversammlung sprach: / ›Demos, ich bin dein Freund, ich liebe dich, / Ich bin der einz’ge, der dich hegt und pflegt.‘ – / Wenn einer so begann, dann warfst du gleich / Den Kopf empor und schlugst die Flügel.«²²

2. Rom 133 v. Chr.: Popularen

Athen und Rom gingen ähnliche Wege. Beide betraten die Bühne der Weltgeschichte als Städte mit integriertem Landgebiet, als sogenannte »Stadtstaaten«. Beide Städte streiften ein sehr (Athen) bzw. relativ (Rom) schwaches Königtum ziemlich schnell ab. In beiden Städten forcierte die militärische Entwicklung die Formierung bürgerschaftlicher Identität, in beiden zunächst auf der Grundlage einer zensusbasierten Dienstpflicht, an die das Wahlrecht in der Volksversammlung gekoppelt war. Hier wie dort verloren sich auf ihr Geburtsrecht berufende Eliten – in Athen die Aristokraten, in Rom das Patriziat – erst ihre politische Monopolstellung und dann (nahezu) jede gesellschaftliche Bevorrechtigung.²³

Hier jedoch enden die Parallelen. Rom wurde zur Keimzelle eines Imperiums, Athen blieb, wenn auch eine überproportional mächtige, so doch eine *polis*. Seine stupende Befähigung zur Expansion vom mittelitalischen Staatstaat zur Weltmacht in gerade 200 Jahren macht Rom zu einem Paradigma globaler Politikgeschichte, bis auf den heutigen Tag.²⁴ Hier jedoch interessiert ein anderes Merkmal, das Rom von Athen unterschied: Die Mechanismen politischer Willensbildung und Entscheidungsfindung funktionierten am Tiber fundamental anders als zu Füßen der Akropolis.

Wir haben gesehen: Im Athen des 5. Jahrhunderts v. Chr. war der politische Entscheidungsprozess auf die denkbar radikalste Weise individualisiert. Jeder Bürger hatte genau eine Stimme, und mit ihr konnte er in der Volksversammlung

22 Aristophanes, *Hippeis*, 1340-1343.

23 Keiner hat die parallelen Institutionengeschichten Athens und Roms besser auf wenigen Seiten auf den Punkt gebracht als Max Weber in seinem Fragment »Die Stadt« (MWG I/22,5).

24 Zum Beispiel Doyle 1988; Münkler 2005.

Sach- und (in beschränktem Umfang) Personalfragen mitentscheiden. Eine eigentliche politische Elite gab es nicht, Meinungsführerschaft in der Volksversammlung war an bestimmte politische Fertigkeiten geknüpft. Das war in Rom völlig anders. Hier schälte sich aus der alten Elite des Patriziats unverzüglich eine neue heraus, die »Nobilität«. Vieles am Konzept der Nobilität ist problematisch. Das fängt damit an, dass der Terminus in der prägnanten Bedeutung nicht aus der Antike stammt, sondern eine Schöpfung der modernen Wissenschaft ist: Er geht auf Theodor Mommsen zurück und wurde 1912 durch Matthias Gelzer wesentlich mit Inhalt gefüllt.²⁵ Seit rund 30 Jahren debattiert die Alte Geschichte deshalb mit viel Engagement und einiger Schärfe über die Frage, ob es eine Nobilität im republikanischen Rom überhaupt gegeben hat.²⁶ Dennoch sind aus Sicht des Verfassers viele innere Entwicklungen der *res publica* nur so zu erklären, dass politische Entscheidungen in hohem Maß von einer sozialen Elite monopolisiert wurden, die sich personell fast hermetisch nach unten abgeschlossen hatte – ob wir diese Elite nun Nobilität nennen mögen oder nicht.

Die exklusive Stellung des römischen Patriziats erodierte ab ca. 500 v. Chr. in einem knapp 200-jährigen Prozess, den wir als Ständekämpfe bezeichnen. An deren Ende stand die vollständige politische Gleichberechtigung der *plebs*, die den gesamten nicht dem Geburtsadel zuzurechnenden *populus* umfasste. Diese *plebs* freilich war heterogen und schloss in sich das gesamte soziale Spektrum ein. Führende Plebejer traten in den Wahlämtern der Republik Zug um Zug neben die Patrizier, bis sich die Unterschiede vollständig verwischten. Prinzipiell stand ab den *leges Liciniae Sextiae* (367 v. Chr.) jedem römischen Bürger selbst das höchste Amt offen, der Konsulat.²⁷

Allerdings klaffte, wie sich an den Konsulatslisten der Republik in aller wünschenswerten Klarheit ablesen lässt, zwischen Theorie und Praxis eine eklatante Lücke: Es waren nämlich immer dieselben Familien, die ihre Vertreter zu Konsuln oder, so hieß das zweithöchste Amt der römischen Karriereleiter, Prätores wählen ließen. Nur alle Jubeljahre gelang es einem Außenseiter, einem *homo novus*, eines der begehrten Spitzenämter zu ergattern. Die Magistraturen, die Ehrenämter waren und als kollegiale Wahlämter jeweils auf ein Jahr ausgeübt wurden, gaben ihren Inhabern nicht nur die Zügel der Tagespolitik in die Hand. Sie eröffneten auch den Zugang zum Senat, in den Magistrate einzogen, die ihr Amtsjahr absolviert hatten, und wo die entscheidenden Weichenstellungen für politisches Handeln vorgenommen wurden. Im Senat war aber nicht jeder gleich. Gleichheit hätte völlig gegen die ehernen Grundsätze des römischen Welt- und Menschenbildes

25 Gelzer 1962; Mommsen 1887, Bd. 3, S. 461-465.

26 Die Einzelheiten dieser Debatte tun hier nichts zur Sache. Gegen das Nobilitätsmodell und für die Verankerung demokratischer Prinzipien in der römischen Republik hat argumentiert Millar 1984; 1986; 1989. Hingegen hat die deutsche Forschung das Konzept vor allem modifiziert und weiterentwickelt: Beck 2008; Bleicken 1981; Goldmann 2002; Hölkeskamp 1987; 1996; 2010. Zur Orientierung auch die Beiträge in Jehne 1995 sowie Sommer 2016, S. 162-166.

27 Develin 2005; Momigliano 1967; Ungern-Sternberg 2006.

verstoßen. Die Autorität des einzelnen Senators war säuberlich nach dem Amt gestaffelt, das er als letztes innegehabt hatte. Zu den *nobiles*, denen, die »kenntlich« waren, gehörten im strengen Sinn nur jene, die zuvor den Konsulat oder die Prätur und damit die beiden höchsten Ämter der vierstufigen Laufbahn versehen hatten.²⁸ Man hat deshalb die Nobilität auch als »Amtsadel« bezeichnet, weil Ämter die formale Eintrittskarte in ihren Zirkel bildeten.

Doch ist das nur die halbe Wahrheit. Die Ämter waren zwar Wahlämter, und wählbar war im Prinzip jeder Bürger. Tatsächlich bestimmten aber soziale, gleichsam auf einer subkonstitutionellen Ebene wirksame Kräfte, wer Chancen hatte und wer nicht. Die römische Gesellschaft durchzogen nämlich Loyalitäten, die im öffentlichen Recht der Republik in keiner Weise abgebildet waren. Die Mächtigen pflegten untereinander Verhältnisse von Freundschaft (*amicitia*) oder Abneigung (*inimicitia*), die ausgesprochen langelig sein konnten. Freundschaft setzte unbedingte Solidarität voraus, auch und gerade in politischen Angelegenheiten. Wer als *amicus* den *amicus* im Stich ließ, wenn der sich um ein Amt bewarb, verstieß eklatant gegen den Komment der besseren Gesellschaft.²⁹

Zusätzliche Brisanz erhielten die symmetrischen Allianzen unter Mächtigen dadurch, dass zugleich asymmetrische Schutz- und Treueverhältnisse die Vertreter der Elite mit »Klienten« verbanden: normalen Bürgern, deren Schicksal auf vielfältige Weise mit demjenigen ihrer »Patrone« verwoben war. Der Klient konnte auf die Unterstützung des Patrons zählen, wenn er in eine Notlage geriet oder Beistand vor Gericht brauchte. Dafür schuldete er seinem Patron absolute Loyalität – und das galt, selbstverständlich, wieder zuvorderst *in politicis*. Im Klartext bedeutete dies, dass der Patron über das Abstimmungsverhalten seiner Klienten in der Volksversammlung entschied.³⁰ Die *patrocinium* genannte Patronage multiplizierte also den Mobilisierungseffekt auf das Elektorat der Volksversammlung, den individuelle *nobiles* durch das Instrument der politischen Freundschaft erzielten – in vielen Fällen um einen mindestens vierstelligen Faktor. Hieran wird deutlich, wie sehr sich die politische Wirklichkeit im republikanischen Rom, trotz vergleichbarer Ausgangslage, von der des demokratischen Athen unterschied. Die entscheidende Frage stellt Christian Meier: »Denn wie kann ein Volk souverän sein, das tief von mannigfaltigen Verpflichtungsverhältnissen durchwaltet ist?«³¹

Verstärkt wurden die an mafiöse Strukturen gemahnenden Abhängigkeiten noch durch ein Spezifikum des Wahlverfahrens, das bei den wichtigsten Abstimmungen zur Anwendung gelangte. Wenn gewählt wurde, hatte die Volksversammlung, je nachdem, was auf der Tagesordnung stand, in unterschiedlichen Gliederungen abzustimmen. Die den politischen Kurs der Republik festlegenden Entscheidungen – vor allem die Wahl der höchsten Magistrate – wurden den *comitia centuriata* vorgelegt, zu denen der *populus* nach »Hundertschaften« (Zenturien)

28 Grundlegend Beck 2005.

29 Hutter 1978.

30 Deniaux 2007.

31 Meier 1966, S. 117.

gegliedert antrat. Nicht die einzelnen Bürger gaben ihre Stimme ab, sondern die Zenturien. Die wiederum setzten sich nach Einkommensklassen zusammen: Ähnlich wie beim preußischen Dreiklassenwahlrecht bildeten wenige finanziell am besten Gestellte die obersten Zenturien, in den unteren sammelte sich die breite Masse der Habenichtse. Als wäre dies nicht genug, schritten nun auch noch die oberen Zenturien zuerst zur Abstimmung. Wenn unter ihnen Konsens bestand, brauchten die unteren, die überwältigende Mehrheit der Bürger repräsentierenden Hundertschaften überhaupt nicht mehr zur Stimmabgabe anzutreten. Der Mobilisierungseffekt durch die Nahverhältnisse von *amicitia* und *patrocinium* wurde durch das Wahlverfahren bei fast allen Entscheidungen, an denen das Schicksal des Staates hing, noch einmal potenziert.³²

Die *comitia centuriata* waren nicht die einzige Form der Volksversammlung. Es gab außer ihnen noch drei weitere Gliederungen, in denen das Volk zur Abstimmung schritt. So wurden die Volkstribunen, denen in der Spätphase der Republik so große Bedeutung zukommen sollte, von einer nach »Stämmen« (*tribus*) gegliederten Versammlung (*concilium plebis*) gewählt, zu der nur Plebejer Zutritt hatten. Evidentermaßen bringt ein von so vielen Hierarchien, Loyalitäten und Abhängigkeiten durchwobener politischer Raum seine eigenen Formen der Kommunikation hervor. Dass sie anders waren als in der vergleichbaren Strukturen ledigen athenischen Volksversammlung, kann nicht überraschen. »Gehorsam gibt es nicht gratis«, hat der Historiker Egon Flaig mit Blick auf das angepasste Wohlverhalten der Bevölkerungsschichten formuliert, die das Spiel der Nobilität mitzuspielen hatten, damit es aufgehen konnte.³³ Was also bot die Nobilität ihnen im Gegenzug? Die Münze, mit der zurückgezahlt wurde, wäre in einer Demokratie wertlos gewesen, aber in den hierarchischen Strukturen der notorisch statusfixierten Republik war sie mit Gold nicht aufzuwiegen. Die Eliten unterbreiteten den einfachen Bürgern ein »Jovialitätsangebot«, indem sie sie respektvoll behandelten, bei jeder Gelegenheit die »Würde« (*maiestas*) des römischen Volkes herausstrichen und jedes Explizitmachen des steilen Statusgefälles zwischen Elite und Nichtelite peinlichst unterließen. Die Nobilität tat so, als spreche sie mit dem einfachen Volk auf Augenhöhe.³⁴

Während in der politischen Debatte pausenlos von Würde, Ehre, persönlichen Verdiensten, von den Vorfahren und ihren Sitten, von Angemessenheit und Rechtsschaffenheit die Rede war, fehlte ein aus heutiger Sicht konstitutives Element völlig: politische Sachthemen. Wer als politisch modern sozialisierter Mensch, sagen wir, im frühen 2. Jahrhundert v. Chr. eine römische Volksversammlung besucht hätte, hätte sich verwundert die Augen gerieben. Gab es wirklich keine Themen, mit denen sich die Tausenden, die auf dem *comitium* im Herzen der Stadt versammelt waren, in Wallung versetzen ließen? War ihnen das Schicksal ihrer Republik

32 Als ausführlichste Studie Ya'aqovsøn 1999, S. 20-64.

33 Flaig 2003, S. 13.

34 Jehne 2000.

so ganz und gar gleichgültig? Nicht einmal im Wahlkampf schienen politische Inhalte eine nennenswerte Rolle zu spielen.³⁵

Wer jetzt versucht ist, den Gallier Obelix zu zitieren, sei beruhigt: Natürlich gab es für politische Fragen einen Raum, doch der war nicht der öffentliche Raum des *comitium*, wo die Volksversammlung tagte, sondern lag hinter verschlossenen Türen in der *curia*, in die sich der Senat zu seinen Sitzungen zurückzog. Hier wurden über Sachthemen die Klänge gekreuzt, hier fielen Entscheidungen über Krieg und Frieden, über Finanzfragen, über Gesetze, über personelle Weichenstellungen. Der Volksversammlung fiel hernach die Rolle zu, abzunicken, was der Senat entschieden hatte. Diese Arbeitsteilung konnte funktionieren, weil in der Nobilität, bei allem individuellen Ehrgeiz, der römischen Politikern natürlich nicht abging, bei allem inhaltlichen Dissens, der selbstverständlich herrschte, bei allen Feindschaften, die trennten, über die Frage des politischen Verfahrens Konsens bestand. Kern der Spielregeln, die in keiner Verfassung standen, war die Festlegung darauf, dass eine Politisierung der Volksversammlung unter allen Umständen zu vermeiden war. Um keinen Preis der Welt durfte die Debatte, die den Senat beherrschte, nach außen ins *comitium* getragen werden. Dort nämlich präsentierte sich die Nobilität, zerstritten und zerrissen, wie sie in vielen Fragen war, als harmonische Front, zwischen deren Vertreter kein Blatt Papyrus passte. Die Nobilität war ein Kartell.³⁶

Zusammengehalten wurden das Kartell und der es stützende Konsens durch die unnachsichtige Sanktionierung jedes Fehltritts durch eines seiner Mitglieder. Wer es wagte, aus der Reihe zu treten und aus dem Konsens auszuscheren, brauchte nicht darauf zu hoffen, jemals wieder Einfluss im Senat auszuüben oder ein Amt zu erringen. Selbst von Männern, die sich als militärische Befehlshaber in den wahrlich nicht wenigen Kriegen, welche die Republik führte, mit Ruhm bekleckert hatten, wurde erwartet, dass sie nach Ablauf ihres Amtsjahres ins Glied der übrigen *nobiles* zurücktraten. Sie durften sich in einem prächtigen Triumphzug durch die Hauptstadt feiern lassen, ihre Stimme im Senat fand Gehör – zu einer auf Dauer herausgehobenen Position verhalf ihnen all ihr Ruhm nicht.

Dass der die Nobilität tragende Konsens schließlich zerfiel, verdankt sich trotz eines längeren Vorspiels in letzter Konsequenz einem eher zufälligen Zusammenreffen. 137 v. Chr. verdüsterte sich für einen hoffnungsvollen Jungpolitiker unversehens die Zukunft, als das römische Heer, in dessen Stab er diente, vor der spanischen Stadt Numantia eine krachende Niederlage erlitt. Politische Karrieren hatten in Rom schon aus viel nichtigeren Gründen eine Wendung zum Schlechteren

35 Ein Schlüsseltext ist das vermutlich (allerdings nicht sicher) von Quintus Tullius Cicero an seinen Bruder Marcus gerichtete *Commentariolum petitionis*, eine Schrift mit Ratschlägen zur erfolgreichen Bewerbung um den Konsulat. Sie rät dringend vom Bezug auf politische Themen ab. Vgl. Ya'aqovsön 1999, S. 153-178.

36 Einen Raum, in dem auch einfache Bürger politische Fragen diskutierten, gab es durchaus, nur eben nicht im Zusammenhang mit Abstimmungen und Wahlen. Diesen Raum boten die *contiones*, informelle Versammlungen, die von Magistraten einberufen wurden. Inwieweit *contiones* zur politischen Willensbildung beitrugen, ist in der Forschung umstritten. Pro: Flaig 2003, S. 155-180; contra: Mouritsen 2001, S. 38-62.

genommen. Tiberius Gracchus, so hieß der junge Mann, entstammte bestem Haus. Um höchstens zwei Ecken war er mit den politisch führenden Männern jener Jahre verwandt. Nach römischen Ehrbegriffen wäre es einer persönlichen Bankrotterklärung gleichgekommen, unter diesen Umständen nicht wenigstens den Konsulat zu erreichen.

Tiberius befand sich in einer Zwangslage. Er hatte gerade einmal die erste Stufe der Ämterhierarchie erklommen, die Quästur. Ob es ihm gelang, seine Karriere wieder flottzumachen, hing entscheidend davon ab, wie schnell er die nächste Hürde nehmen konnte. Der aufgeweckte Mittzwanziger hatte auf seiner Reise nach Spanien bemerkt, dass in vielen Teilen des italienischen Stiefels die Höfe brachlagen, das Land unbestellt war. Eine Krise hatte sich des ländlichen Italiens bemächtigt, die viele Menschen in Armut und Verzweiflung sowie von ihren Feldern in die Städte, vor allem nach Rom, getrieben hatte. Dort stießen sie zum Heer anderer Abgehängter, die ihr Leben am Rand des Existenzminimums fristeten. Tiberius begriff, welch einmalige Chance sich ihm mit der Not der Massen bot. Er bewarb sich um den Volkstribunat, ein eigentlich anachronistisches Amt, das seinem Inhaber aber weitreichende Möglichkeiten der Gesetzesinitiative und Agitation bot. Und er hatte, als erster römischer Politiker überhaupt, eine politische Agenda.³⁷

Die zu verkünden wurde er nicht müde, sobald er am 10. Dezember 134 v. Chr. sein Amt als Volkstribun angetreten hatte: »Herren der Welt« nenne man die Römer, empörte er sich, »doch in Wahrheit gehört ihnen nicht eine einzige Ackerscholle«.³⁸ Tiberius warb um seine Gesetze: Die Großgrundbesitzer sollten widerrechtlich von ihnen okkupiertes Land abgeben, auf dem Land sollten besitzlose Familien angesiedelt werden, eine Ackerkommission sollte darüber wachen, dass alles nach Recht und Gesetz vonstatten ging. Eigentlich waren das alles maßvolle Forderungen, nicht Fantasien eines politischen Hitzkopfs. Dennoch ging manchem Großgrundbesitzer unter den Senatoren schon dieses Projekt eines Ackergesetzes zu weit. Die Mehrheit allerdings störte sich gar nicht am Inhalt von Tiberius' Gesetz. Ihnen war das Verfahren ein Dorn im Auge. Ein Nachwuchspolitiker, der sich erdreistete, mit politischen Themen an die Öffentlichkeit zu gehen, war ein Unding! Er musste gestoppt werden, mit allen Mitteln. In der Wahl dieser Mittel war die Senatsmehrheit nicht zimperlich. Als es nicht half, einen Kollegen des Tiberius sein Veto einlegen zu lassen, und der Volkstribun sogar seine Wiederwahl für das Folgejahr anstrebte, zog man die Notbremse: Tiberius wurde von einem Senatorenmob auf dem *comitium* erschlagen, den Publius Cornelius Scipio Nasica Serapio anführte, der als Vertreter einer der führenden patrizischen Familien zum *concilium plebis* von Rechts wegen keinen Zutritt gehabt hätte.

Der Tote hatte, so sahen es die Senatoren und so kann man es aus der Rückschau sehen, die Büchse der Pandora geöffnet. Er hatte durch seinen wohlkalkulierten Tabubruch gezeigt, dass man Politik in Rom auch anders machen konnte als im Konsenskartell der Nobilität. Er hatte dafür den Preis bezahlt, den die

37 Sommer 2016, S. 242-248.

38 Plutarch, *Tiberius Gracchus*, 9, 4 f.

Mehrheit der Nobilität für angemessen hielt. Freilich: Die Nobilität konnte einen Gracchus in seine Schranken weisen, denunzieren und umbringen; von der Nachahmung abzuschrecken vermochte sie nicht. Zehn Jahre nach Tiberius trat Gaius Gracchus in die Fußstapfen seines Bruders. Mit den Namen Marius, Saturninus und Cinna sind weitere demagogische Experimente verbunden, die jeweils harsche Reaktionen des Kartells provozierten und schließlich fehlschlugen. Die Methoden blieben immer die gleichen: Die Volksfreunde warben mit wohlfeilen Versprechungen, mit Getreiderationen und Verteilungsgerechtigkeit, mit einem New Deal bei den Grundbesitzverhältnissen. Die Nobilität hielt mit drastischen Disziplinierungsmaßnahmen, mit Staatsnotstand, Rufschädigung und systematischer Obstruktion dagegen. Manchmal kopierten ihre Vertreter sogar die Methoden ihrer Gegner, machten sich deren programmatische Forderungen zu eigen und agitierten für noch weiter reichende Sozialprogramme – das alles in dem Bestreben, ihnen den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Lehrreich ist ein Blick auf die Debattenkultur, die in jenen Jahren innerhalb der Nobilität herrschte. Die am Konsenskartell festhaltende Mehrheit war sich nicht zu schade, den Dissens über die Formen der politischen Auseinandersetzung zu einem epischen Ringen zwischen Gut und Böse zu stilisieren. Die dichotomische Sprache ihres intellektuellen Frontmanns Cicero spricht Bände: hier die Gralshüter senatorischen Konsenses, von Cicero wahlweise »die Guten« (*boni*), »die Hervorragenden« (*optimi*) oder, daran angelehnt, Optimaten genannt; dort Volksverführer, Rattenfänger: »Was immer sie sagen und was immer sie tun, soll der breiten Masse gefallen.«³⁹ Bei Cicero heißen sie *populares*, Männer des Volkes. In der Verteidigungsrede für seinen *amicus* Publius Sestius entwirft Cicero, der als *homo novus* bezeichnenderweise selbst Außenseiter im Kreis der Nobilität war, diese schlichte Typologie des römischen Politikers, die – wen kann es überraschen? – in kräftigstem Schwarz-Weiß gezeichnet ist.

Auch an anderer Stelle teilt Cicero heftig gegen die Popularen aus. Während sie kurzsichtig auf Stimmenmaximierung in der Volksversammlung schielten, ruinierten sie »die Grundfesten des Staates«, indem sie das Füllhorn materieller Segnungen über Habenichtse und Schuldner ausschütteten. So zerrütteten sie nicht nur die öffentlichen Finanzen, sondern trügen, was schwerer wiege, zur Spaltung der Gesellschaft bei.⁴⁰ Vertreter der Volkspartei belegt Cicero durchgängig in seinem Werk mit negativ eingefärbten Attributen wie *sediciosus* (»aufrührerisch«), *furiosus* (»leidenschaftlich«, aber auch »jähzornig«), *inutilis* (»Taugenichts«). Für ganz besonders gewissenlose Exemplare der Gattung *popularis* wie Publius Clodius, der während des Gallischen Krieges Caesars Sachwalter in Rom war, aber auch für Caesar selbst und seinen Gefolgsmann Marcus Antonius hält Cicero noch giftigere Pfeile im Köcher verbaler Injurien bereit: *Audaces* seien sie, »verwegen«, und sie gebärdeten sich wie *latrones*, »gemeine Straßenräuber«. So suggeriert der Redner und politische Publizist Cicero seinen Zuhörern und Lesern, der Popular bediene sich nicht einfach einer radikalen, mit römischen Traditionen und römi-

39 Cicero, *Pro Sestio*, 96.

40 Cicero, *De officiis*, 2, 78.

schem Politikverständnis unvereinbaren Methode des Machterwerbs. Vielmehr sei der Demagoge charakterlich defizitär: unfähig zu Selbstbeherrschung und Mäßigung, dafür aber egoistisch, intrigant und stets *va banque* spielend. In seiner Schrift über die Pflichten äußert sich Cicero vorsichtig optimistisch, dass alle Versuche der Popularen, sich beim Wahlvolk beliebt zu machen, fruchtlos bleiben würden: Politiker könnten »das Wohlwollen der Menge« am ehesten durch Tugenden wie »Uneigennützigkeit« (*abstinentia*) und »Selbstbeherrschung« (*continentia*) gewinnen.⁴¹

Cicero sollte nicht recht behalten: Aufhalten nämlich ließ sich der Zerfall der Nobilität nicht. Das Kartell verlor an Integrationskraft, weil die Chancen für Einzelne wuchsen, mit Verstößen gegen die Spielregeln durchzukommen.⁴² Daran war die Nobilität selbst schuld. Sie war so sehr mit sich selbst und den Abweichlern in ihren eigenen Reihen beschäftigt, dass sie darüber die drängenden Fragen der Zeit gänzlich vergaß: wie mit den Bewohnern des unterworfenen Italien und der Provinzen umzugehen war und welche Rolle sie in dem wachsenden, von Rom beherrschten Imperium spielen sollten; womit Veteranen nach ihrer zwanzigjährigen Dienstzeit abgefunden werden sollten; wie Korruption aus der Welt zu schaffen und wie das Problem der Verelendung breiter Bevölkerungsschichten zu lösen war. Hier versagte die Nobilität kläglich, die Rom doch zur Hegemonialmacht im Mittelmeer gemacht hatte. Und zwar so kläglich, dass 60 v. Chr. drei Männer, Pompeius, Caesar und Crassus, die Regeln des Kartells außer Kraft setzen und beschließen konnten, im Staat »solle nichts geschehen, was einem von ihnen dreien missfalle«.⁴³ Die konsensuelle Nobilitätsherrschaft war in die Quasi-Diktatur dreier Männer umgeschlagen, deren wichtigste Ressourcen Geld und Kriegsrühm waren – und ein unerschöpfliches Reservoir an Popularität, das sie ihrem Image als Problemlöser und Interessenvertreter der kleinen Leute verdankten. Am Ende hatte nicht nur Roms Elite abgewirtschaftet, sondern die gesamte Republik: Den Totenschein stellte ihr im Januar 27 v. Chr. Oktavian aus, der sich jetzt Augustus nannte und auf das Kartell der Nobilität keine Rücksicht mehr zu nehmen brauchte.

3. Berlin 2017: Populisten?

Deutschland im Jahr 2017. Ist die Bundesrepublik ein modernes Athen? Oder doch eher das Rom des 21. Jahrhunderts, in dem sich die etablierten Parteien zum Kartell, zu einer Art Nobilität des Computerzeitalters, formiert haben? Keine Frage: Als gute Demokraten möchten wir in Athen leben, doch halten unsere Wunschvorstellungen dem Faktencheck stand?

Athen und Rom stehen, bei allen Parallelen, für zwei grundverschiedene politische Systeme mit zwei Varianten politischer Willensbildung, die unterschiedlicher

41 Ebd., S. 77.

42 Meier 1966, S. 301-306.

43 Sueton, *Divus Iulius*, 19, 2.

nicht sein könnten. Jede bildet den Rahmen wiederum für ein spezifisches Modell politischer Kommunikation und politischen Handelns. In der hochgradig individualisierten Arena der attischen Volksversammlung fiel Demagogen die Rolle zu, die Vielstimmigkeit der politischen Debatte zu kanalisieren und auf ein erträgliches Maß zu reduzieren. Sie bedienten sich dazu ihrer persönlichen Überzeugungskraft, zu der auch gehören konnte, dass sie dem *demos* nach dem Mund redeten. Im politischen Raum der attischen Demokratie gilt Max Webers Wort vom Demagogen als dem »führenden Typus« des Politikers in besonderer Weise: Politikersein und Demagogesein ist im Grunde dasselbe, denn wer sich demagogischer Methoden enthält, hat in der attischen Volksversammlung nicht den Hauch einer Chance, etwas zu bewegen. Der politische Wettbewerb funktioniert hier nach den Regeln des reinen Marktes, auf dem Nachfrager (der *demos*) sich für die Angebote ganz unterschiedlicher Anbieter (der Demagogen) entscheiden können. »Führerschaft und Gefolgschaft« sind auf diesem Markt, um abermals Weber zu zitieren, »aktive Elemente freier Werbung«. ⁴⁴

Bezogen auf die Methode des Machterwerbs oder -erhalts ist »Populismus« als Kategorie für ein solches System ohne Signifikanz, weil notwendig alle Politik populistisch ist. Um zu Dahrendorf und unserer Hypothese am Eingang zurückzukehren: Alle Politiker sind Vereinfacher. Darin, zu vereinfachen, überbordende Komplexität auf ein erträgliches Maß zu reduzieren und so das System funktionsfähig zu erhalten, besteht geradezu der verfassungsmäßige Auftrag von Politik, nicht nur in Athen, sondern auch in der Bundesrepublik. Man darf mit guten Gründen annehmen, dass genau das die Väter des Grundgesetzes im Sinn hatten, wenn sie in Artikel 21 etwas vieldeutig formulierten: »Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.« Zwar geht alle Souveränität vom Volke aus, doch ist ihre faktische Ausübung durch das Volk in der Massendemokratie nicht praxistauglich. Die Parteien leisten – über die unterschiedlichsten Wege – »strukturierte Kommunikation«, sie geben ein »strukturiertes Angebot politischer Offerten« und spüren zugleich politischen Bedürfnislagen und Interessen nach. ⁴⁵ Sie sind damit im Demokratiemodell des Grundgesetzes das exakte Analogon zu den Demagogen bei Aristophanes. Auch der Paphlagonier und der Wursthändler liefern sich ja ihren Wettstreit um die Gunst des Herrn Demos, indem sie dessen Wünsche antizipieren und ihm in Form fertig zubereiteter Speisen strukturierte Angebote auftischen. Ob der Paphlagonier den Mindestlohn oder der Wursthändler die Schließung der Grenzen verspricht, ist aus Sicht des Grundgesetzes völlig gleichgültig.

So weit die Theorie. Die Frage ist aber, ob das Demokratiemodell des Grundgesetzes, 1948/49 formuliert, im Jahr 2017 nicht längst von innen ausgehöhlt worden ist. Die Formen der politischen Auseinandersetzung lassen genau das vermuten. Die Vertreter der Berliner Bundestagsparteien verhalten sich nämlich nicht wie Anbieter auf einem freien Markt, die sich mit symmetrischen Waffen Absatz-

44 Weber, *Politik als Beruf*, MWG I/17, S. 197.

45 Oberreuter 1990, S. 30.

chancen für ihre Produkte erkämpfen, sondern eher wie die Mehrheitsvertreter der Nobilität im Angesicht der Bedrohung ihres Kartells durch die Popularen.

Die Symptome sind vielfältig: Erstens verlagert sich bereits seit Jahrzehnten die politische Debatte aus der Öffentlichkeit von Parlamenten in die Hinterzimmer von Parteigremien und Koalitionsrunden, während die Surrogatöffentlichkeit von Talkshows und sozialen Medien noch mehr als früher zur Bühne inszenierter Schaukämpfe wird. Zweitens entziehen die Protagonisten der Berliner Parteien ihr Handeln jeder Debatte, indem sie es entweder für »alternativlos« erklären oder per Basta-Politik handstreichartig unter Umgehung demokratisch gewählter Organe durchsetzen. Dass die Parteien ihre Bodenhaftung in der Gesellschaft verloren, zugleich aber die politische Entscheidungsfindung monopolisiert haben, hat bereits vor über 30 Jahren Wilhelm Hennis kritisiert.⁴⁶ Drittens gewinnen in der Außendarstellung von Parteien wie im medialen Echo wirkliche oder – eher – medial inszenierte Charaktereigenschaften von Vertretern des politischen Personals immer mehr an Bedeutung, während ihre politischen Konturen zusehends verschwimmen. Die Kommunikation der politischen Funktionsebenen erinnert frappierend an das »Jovialitätsangebot«, das römische Wahlbürger von ihren *nobiles* erwarteten. Der politische Gegner wird, wie einst bei Cicero, charakterlich disqualifiziert und per diffamierender Begrifflichkeit (»Pack«, »menschenverachtend«, »Gutmenschen«, »rechts«, »faschistisch«) aus der Konsensgemeinschaft der Demokraten ausgegrenzt. Wenn Politiker nach Wahlen erklären, sie würden »mit allen demokratischen Parteien« Gespräche aufnehmen, maßen sie sich, auch hier genau wie Cicero, die Definitionshoheit darüber an, wer zu den *boni* gehört und wer in der Schmutzdecke des Populisten zu stehen hat. Besonders perfide wird das Spiel, wenn die selbsterklärten Demokraten den *higher moral ground* durch scheinbar willkürliche Ausmünzung oder Vereinnahmung infantiler, aber diffus positiv besetzter Kunstbegriffe (»Vielfalt«, »bunt«, »weltoffen«, »Willkommenskultur«, »längeres gemeinsames Lernen«) reklamieren. Das bipolare Freund-Feind-Schema des Jahres 2016 erinnert zusehends an die politische Diktion eines Cicero, der nur Retter und Zugrunderichter der Republik kannte.

Symptom Nummer vier schließlich ist die geradezu surreale Verdrängung von Fakten aus der politischen Debatte. Auch darin waren die Vertreter der Nobilität wahre Meister: Massenarmut, metastasierende Korruption, außenpolitische Misserfolge, Hader um den Zugang zum römischen Bürgerrecht – die lange Liste der Gravamina, unter denen die Menschen der untergehenden Republik litten, konnte sie nicht wirklich erschüttern. Wenn bloß die grassierende Unzufriedenheit im Pöbel nicht den Popularen in die Hände spielte! Ganz ähnlich ist der Wahrnehmungsmodus moderner Kartellpolitiker: Sorgen der Bevölkerung vor finanzieller Überforderung, vor steigender Kriminalität, vor Terror, Staatsversagen, Kontrollverlust, Verlust der Identität, Parallelgesellschaften, ja, *horribile dictu*, auch Überfremdung? Welche Probleme? Die durch die Bank als irrational abgetanen Ängste seien das eigentliche Problem, werden sie nicht müde zu betonen, denn die könnten schließlich den Populisten Auftrieb geben. So werden Sorgen, die Bürger das

46 Hennis 1983.

selbstverständliche Recht haben zu äußern, zu Phobien pathologisiert. Auch wenn sich hin und wieder ein Vertreter des Establishments in therapeutischer Mission als Verstehender der von irrationalen Ängsten gepeinigten Wutbürger gibt, ist es allgemein der ganz große pädagogische Gestus, mit dem man die Öffentlichkeit vor sich selbst schützen möchte, sei es, dass man, wie im Fall der Silvesternacht 2015/16, mit Informationen hinter dem Berg hält, sei es, dass man Fake News unter Strafe stellen oder Hasskommentare aus sozialen Medien löschen will.

Die Tragik besteht darin, dass die politische Elite, die das Land so dringend braucht, mit diesem Reden und diesem Tun im Begriff steht, jegliches politisches Vertrauen ein für alle Mal zu verspielen. Wer, wenn nicht sie soll denn in Zukunft Politik gestalten? Die Berliner Parteien sitzen einer grandiosen Fehleinschätzung auf, wenn sie glauben, all jene, die ihrem Kartell den Rücken gekehrt haben, seien Dumpfbacken und Abgehängte. Im Gegenteil: Der Protestwähler erweitert auf einem Markt, auf dem die Parteien durch den unseligen Diskurs der Alternativlosigkeit dramatisch die Wahlmöglichkeiten verengt haben, seine Optionen. Wer als Kunde der Monopolmacht eines Kartells und schlafmützigen Wettbewerbshütern ausgeliefert ist, geht bei Anbietern shoppen, die das Monopol unterlaufen. Das ist auf dem bundesdeutschen Energiemarkt geschehen, wo den Multis die Kunden in Scharen davongelaufen sind, warum sollten ausgerechnet die politischen Parteien verschont bleiben? Befriedigend ist das nicht. Es könnte uns auf den Weg führen, den Rom gegangen ist, wobei das, unter den gegebenen Umständen, noch nicht einmal der schlechteste war. Was der römischen Republik fehlte und woran es auch heute wieder mangelt, sind effiziente Instrumente der Elitenkontrolle. Das klassische Athen war hier wegweisend: Anders als die oligarchische Republik Rom war es eine im besten Sinn populäre Demokratie, die ihre Wirtschaftselite durch künstliche Sprengung gewachsener Personenverbände – der Phylen durch die kleisthenische Phylenordnung –, durch Entlohnung politischer Tätigkeit und durch Anwendung des Losverfahrens bei der Besetzung der meisten politischen Ämter einhegte.⁴⁷

Wir sollten daher den Weg zurück von Rom nach Athen wagen. Einen möglichen Korridor dahin könnte der Begriff des Bürgers weisen, das älteste politische Erbe unserer präziösen Demokratie aus der klassischen Antike. Er ist Souverän, nicht Untertan, und er ist Teilhaber der *polis*, die nicht mehr ist als die Summe ihrer einzelnen Glieder. Der Gedanke des Bürgers stellt vielfältige Anforderungen an den Einzelnen. Gewiss nicht so extreme wie im alten Griechenland, aber ohne ein Mindestmaß an Identifikation mit der gemeinsamen Sache, ein Quantum Solidarität, Anstand und, vor allem und immer wieder, Bildung, wird der Weg nicht zu bewältigen sein. Es gilt, etliche Ketten zu sprengen, vor allem Apathie und Phlegma zu überwinden. Es gilt auch, Klarheit darüber zu gewinnen, wer Bürger sein soll und wer nicht, wo Grenzen zu ziehen sind und wo nicht, bis wohin wir

47 Die Typologie stammt von McCormick 2006, S. 155-158, der ebenfalls für Losverfahren und »affirmative actions« zugunsten von Nichtelitenangehörigen plädiert. Mit Verfe für die Ablösung von Wahl- durch Losselektion hat unlängst auch Reybrouck 2016 argumentiert.

deutsche und ab wo wir europäische Bürger sein wollen und können. Darüber haben sich freie, souveräne Bürger ohne Gängelung und Bevormundung zu verständigen.

Literatur

- Beck, Hans 2005. *Karriere und Hierarchie. Die römische Aristokratie und die Anfänge des »cursus honorum« in der mittleren Republik*. Berlin: Akademie Verlag.
- Beck, Hans 2008. »Prominenz und aristokratische Herrschaft in der römischen Republik«, in *Die Macht der Wenigen. Aristokratische Herrschaftspraxis, Kommunikation und »edler« Lebensstil in Antike und Früher Neuzeit*, hrsg. v. Beck, Hans; Scholz, Peter; Walter, Uwe, S. 101-123. München: Oldenbourg.
- Bleicken, Jochen 1981. »Die Nobilität der römischen Republik«, in *Gymnasium* 88, S. 236-283.
- Bleicken, Jochen 1986. *Die athenische Demokratie*. Paderborn: Ferdinand Schöningh.
- Dahrendorf, Ralf 2003. »Acht Anmerkungen zum Populismus«, in *Transit* 25, S. 156-163.
- Deniaux, Elizabeth 2007. »Patronage«, in *A Companion to the Roman Republic*, hrsg. v. Rosenstein, Nathan; Morstein-Marx, Robert, S. 401-420. Malden (MA): Blackwell.
- Develin, Robert 2005. »The Integration of the Plebeians into the Political Order after 366 B. C.«, in *Social Struggles in Archaic Rome. New Perspectives on the Conflict of the Orders*, hrsg. v. Raaflaub, Kurt, S. 293-311. Oxford: Blackwell.
- Doyle, Michael W. 1988. *Empires*. 2. Auflage Ithaca: Cornell University Press.
- Dunbabin, Thomas James 1948. *The Western Greeks. The History of Sicily and South Italy from the Foundation of the Greek Colonies to 480 B. C.* Oxford: Oxford University Press.
- Engels, David 2014. *Auf dem Weg ins Imperium. Die Krise der Europäischen Union und der Untergang der römischen Republik – historische Parallelen*. Berlin: Europa Verlag.
- Flaig, Egon 2003. *Ritualisierte Politik. Zeichen, Gesten und Herrschaft im Alten Rom*. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.
- Gelzer, Matthias 1962 [1912]. *Die Nobilität der römischen Republik*, in *Kleine Schriften*, hrsg. v. Strasburger, Hermann; Meier, Christian, Bd. 1, S. 17-135. Wiesbaden: Franz Steiner.
- Goldmann, Frank 2002. »Nobilitas als Status und Gruppe. Überlegungen zum Nobilitätsbegriff der römischen Republik«, in *Res publica reperta. Zur Verfassung und Gesellschaft der römischen Republik und des frühen Prinzipats. Festschrift für Jochen Bleicken zum 75. Geburtstag*, hrsg. v. Spielvogel, Jörg, S. 45-66. Stuttgart: Franz Steiner.
- Graham, Alexander John 1983. *Colony and Mother City in Ancient Greece*. 2. Auflage. Chicago/Ill.: Ares Publishers.
- Hanson, Victor Davis 2001. *Der Krieg in der griechischen Antike*. Berlin: Brandenburgisches Verlagshaus.
- Hennis, Wilhelm 1983. »Überdehnt und abgekoppelt. An den Grenzen des Parteienstaates«, in *Brauchen wir ein neues Parteiensystem?*, hrsg. v. Krockow, Christian Graf von, S. 28-46. Frankfurt a. M.: S. Fischer.
- Hölkeskamp, Karl-Joachim 1987. *Die Entstehung der Nobilität. Studien zur sozialen und politischen Geschichte der Römischen Republik im 4. Jhd. v. Chr.* Stuttgart: Franz Steiner.
- Hölkeskamp, Karl-Joachim 1996. »Exempla und mos maiorum. Überlegungen zum kollektiven Gedächtnis der Nobilität«, in *Vergangenheit und Lebenswelt. Soziale Kommunikation, Traditionsbildung und historisches Bewußtsein*, hrsg. v. Gehrke, Hans-Joachim; Möller, Astrid, S. 301-338. Tübingen: Gunter Narr.
- Hölkeskamp, Karl-Joachim 2010. *Reconstructing the Roman Republic. An Ancient Political Culture and Modern Research*. Princeton: Princeton University Press.
- Hutter, Horst 1978. *Politics as Friendship. The Origins of Class. Notions of Politics in the Theory and Practice of Friendship*. Waterloo/Ontario: Laurier.
- Jehne, Martin (Hrsg.) 1995. *Demokratie in Rom? Die Rolle des Volkes in der Politik der römischen Republik*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.

- Jehne, Martin 2000. »Jovialität und Freiheit. Zur Institutionalisierung der Beziehungen zwischen Ober- und Unterschichten in der römischen Republik«, in *Mos maiorum. Untersuchungen zu den Formen der Identitätsstiftung und Stabilisierung in der römischen Republik*, hrsg. v. Linke, Bernhard; Stemmler, Michael, S. 207-235. Stuttgart: Franz Steiner.
- Lehmann, Gustav Adolf 1987. »Überlegungen zur Krise der attischen Demokratie im Peloponnesischen Krieg: Vom Ostrakismos des Hyperbolos zum Thargelion 411 v. Chr.«, in *Zeitschrift für Papyrologie und Epigraphik* S. 33-73.
- Mann, Christian 2007. *Die Demagogen und das Volk. Zur politischen Kommunikation im Athen des 5. Jahrhunderts v. Chr.* Berlin: Akademie Verlag.
- McCormick, John P. 2006. »Contain the Wealthy and Patrol the Magistrates. Restoring Elite Accountability to Popular Government«, in *American Political Science Review* 100, S. 147-163.
- Meier, Christian 1966. *Res publica amissa. Eine Studie zu Verfassung und Geschichte der späten römischen Republik.* Wiesbaden: Franz Steiner.
- Meier, Christian 1994. *Athen. Ein Neubeginn der Weltgeschichte.* 2. Auflage. Berlin: Siedler.
- Meier, Christian 2001. *Die Entstehung des Politischen bei den Griechen.* 4. Auflage. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Meier, Christian 2009. *Kultur, um der Freiheit willen. Griechische Anfänge – Anfang Europas?* 2. Auflage. München: Siedler.
- Meier, Christian 2014. *Der Historiker als Zeitgenosse. Eine Zwischenbilanz.* Berlin: Siedler.
- Millar, Fergus 1984. »The Political Character of the Classical Roman Republic, 200-151 B. C.«, in *Journal of Roman Studies* 74, S. 1-19.
- Millar, Fergus 1986. »Politics, Persuasion, and the People before the Social War (150-90 B. C.)«, in *Journal of Roman Studies* 76, S. 1-11.
- Millar, Fergus 1989. »Political Power in Mid-Republican Rome. Curia or Comitium?«, in *Journal of Roman Studies* 79, S. 138-150.
- Momigliano, Arnaldo 1967. »L'ascesa della plebe nella storia arcaica di Roma«, in *Rivista Storica Italiana* 79, S. 297-312.
- Mommsen, Theodor 1887. *Römisches Staatsrecht.* 3. Auflage. Leipzig: Hirzel.
- Mouritsen, Henrik 2001. *»Plebs« and Politics in the Late Roman Republic.* Cambridge: Cambridge University Press.
- Münkler, Herfried 2005. *Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten.* Berlin: Rowohlt.
- Murray, Oswyn 1982. *Das frühe Griechenland.* München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Musti, Domenico 1988. »I Greci e l'Italia«, in *Roma in Italia*, hrsg. v. Momigliano, Arnaldo; Schiavone, Aldo, S. 39-51. Torino: Giulio Einaudi.
- Oberreuter, Heinrich 1990. »Politische Parteien. Stellung und Funktion im Verfassungssystem der Bundesrepublik«, in *Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*, hrsg. v. Oberreuter, Heinrich; Mintzel, Alf, S. 15-39. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Oliva, Pavel 1982. »Kolonisation als Phänomen der frühgriechischen Geschichte«, in *Eirene* 19, S. 5-16.
- Osborne, Robin 2005. »Urban Sprawl. What is Urbanization and Why Does it Matter?«, in *Mediterranean Urbanization. 800-600 B. C.*, hrsg. v. Osborne, Robin; Cunliffe, Barry W., S. 1-17. Oxford: Oxford University Press.
- Osborne, Robin 2009. *Greece in the Making. 1200-479 B. C.* 2. Auflage. London: Routledge.
- Raaflaub, Kurt A. 1999. »Archaic Greece«, in *War and Society in the Ancient and Medieval Worlds*, hrsg. v. Raaflaub, Kurt A.; Rosenstein, Nathan, S. 161-192. Cambridge/Mass.: Harvard University Press.
- Raaflaub, Kurt A. 1997. »Citizens, Soldiers, and the Evolution of the Early Greek Polis«, in *The Development of the Polis in Archaic Greece*, hrsg. v. Mitchell, Lynette G.; Rhodes, Peter J., S. 49-59. London: Routledge.
- Rausch, M. 2007. »Das Zeitalter der Hopliten: Bauern, Bürger und Soldaten im archaischen und klassischen Griechenland«, in *Krieg in der antiken Welt*, hrsg. v. Mandl, G.; Steffebauer, I., S. 32-63. Essen: Magnus.
- Reybrouck, David 2016. *Gegen Wahlen. Warum Abstimmen nicht demokratisch ist.* Göttingen: Wallstein.
- Snodgrass, Anthony M. 1980. *Archaic Greece. The Age of Experiment.* London: Dent.

- Sommer, Michael 2016. *Römische Geschichte. Von den Anfängen bis zum Untergang*. Stuttgart: Kröner.
- Ungern-Sternberg, Jürgen von 2006. »Das Ende des Ständekampfes«, in *Römische Studien. Geschichtsbewusstsein. Zeitalter der Gracchen. Krise der Republik*, S. 147-169. München: K. G. Saur.
- Vidal, Francesca 2015. »Die Bedeutung der Rhetorik im antiken Mittelmeerraum und darüber hinaus«, in *Ein pluriverses Universum. Zivilisationen und Religionen im antiken Mittelmeerraum*, hrsg. v. Faber, Richard; Lichtenberger, Achim, S. 253-264. Paderborn: Wilhelm Fink.
- Walter, Uwe 1993. *An der Polis teilhaben. Bürgerstaat und Zugehörigkeit im archaischen Griechenland*. Stuttgart: Franz Steiner.
- Ya'aqovsôn, Aleksander 1999. *Elections and Electioneering in Rome. A Study in the Political System of the Late Republic*. Stuttgart: Franz Steiner.